

- Nur bei Vollzeitmaßnahmen -

Eingangsstempel

Förderungsnummer

Bitte jedes Feld sorgfältig in Druckschrift ausfüllen bzw. ankreuzen und Nichtzutreffendes streichen.

Nach § 27a AFBG i. V. m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch sind Sie verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des AFBG (§ 19 Abs. 2 AFBG, § 21 Abs. 2 AFBG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig. Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann Ihnen die Förderung nach dem AFBG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch). Die Daten werden maschinell verarbeitet und gespeichert. Informationen zu Ihren datenschutzrechtlichen Informationsrechten nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) finden Sie im Hinweisblatt zur AFBG-Antragstellung sowie auch unter www.aufstiegs-bafög.de/hinweise.

Zeile

1 Familienname Geburtsname – wenn abweichend Vorname(n) Geburtsdatum

Antrag der Teilnehmerin / des Teilnehmers an einer Fortbildungsmaßnahme auf Aktualisierung nach § 17 AFBG in Verbindung mit § 24 Abs. 3 BAföG

Der Antrag auf Aktualisierung kann nur bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraums gestellt werden (Ausschlussfrist). Für die Entscheidung über diesen Antrag muss auch die Erklärung auf Anlage 2 zu Formblatt A vorliegen.

2 Für den Bewilligungszeitraum von Datum bis Datum beantrage ich, dass bei der Anrechnung des Einkommens meiner/meines Ehegattin / Ehegatten / eingetragenen Lebenspartnerin / Lebenspartners von den Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum ausgegangen wird, weil ihr/sein Einkommen im Bewilligungszeitraum voraussichtlich wesentlich geringer sein wird als das in Anlage 2 zu Formblatt A erklärte Einkommen.

Mir ist bekannt, dass

- 1. ich unverzüglich und unaufgefordert alle Änderungen anzeigen muss;
2. ich nach Stellung eines Antrages auf Aktualisierung – auch bei einer Einkommensverbesserung – die Anrechnung des in Anlage 2 zu Formblatt A erklärten Einkommens nicht mehr verlangen kann;
3. keine Änderungen im Druckteil vorgenommen wurden.

3 Ort, Datum Unterschrift der Teilnehmerin / des Teilnehmers

Unterschrift nicht vergessen

Erklärung der/des Ehegattin / Ehegatten / eingetragenen Lebenspartnerin / Lebenspartners der Teilnehmerin / des Teilnehmers

- 1. Gründe für die Einkommensminderung (z. B. Bezug von Arbeitslosengeld, Altersruhegeld, Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit):

4
5
6

Zur Glaubhaftmachung der Einkommensminderung füge ich folgende Belege bei (z. B. Rentenbescheid oder Bescheid über Arbeitslosengeld):

7
8
9

10 Die Einkommensminderung wurde / wird wirksam ab Monat Jahr

2. Ich bin
11 erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z. B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung und zwar seit
12 erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z. B. Beamtin / Beamter oder Beamtin / Beamter im Ruhestand) und zwar seit
13 erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z. B. Selbstständige/r) oder auf Antrag von der Rentenversicherungspflicht befreite/r oder wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in und zwar seit
14 nicht erwerbstätig oder als Person im Ruhestandsalter nicht erwerbstätig (z. B. Altersrentner/in) und zwar seit

Bitte Nachweise beifügen

3. Die der Berechnung des Einkommens im Bewilligungszeitraum zu Grunde zu legenden Jahreseinkommen werden sich voraussichtlich wie folgt zusammensetzen (künftige Erhöhungen wie z. B. Tarifierhöhungen bitte beachten):

Zeile

15	Ich habe Einnahmen im Sinne der Zeilen 16 bis 43	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, und zwar aus	
16	Einkünfte aus: (in vollen Euro, Verluste kenntlich machen)	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
		1.1. bis 31.12.20	1.1. bis 31.12.20	1.1. bis 31.12.20
		(Jahressummen) Euro	(Jahressummen) Euro	(Jahressummen) Euro
17	Land- und Forstwirtschaft			
18	Gewerbebetrieb			
19	selbstständiger Arbeit			
20	nichtselbstständiger Arbeit einschl. Versorgungsbezüge, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, auch Abfindungen			
21	Einnahmen aus geringfügiger Beschäftigung (Mini-Job) Beginn des Mini-Jobs vor dem 01.01.2013			
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
22	Vermietung und Verpachtung			
23	Einnahmen, die aufgrund des Auslandstätigkeitserlasses nicht versteuert werden			
24	Kapitalvermögen			
25	Sonstige Einkünfte (ohne Rentenanteile)			
26	Renten aus gesetzlichen und / oder privaten Rentenversicherungen ①			
27	Unfallrenten			
28	Versorgungsrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Gesetzen, die das BVG für anwendbar erklären und Renten nach §§ 31-34 Bundesentschädigungsgesetz (BEG) ohne Grundrente bzw. eines der Grundrente nach dem BVG entsprechenden Betrages ohne Schwerbehindertenzulage, Zulage für fremde Führung, Pauschbeträge für Kleider- und Wäscheverschleiß und Pflegezulage			
29	voraussichtl. Lohnsteuer / Einkommensteuer			
30	voraussichtl. Kirchensteuer			
31	Angaben zur voraussichtlichen Gewerbesteuer (wenn Bescheid vorliegt - alle Seiten - in Kopie beifügen)			
32	voraussichtl. Solidaritätszuschlag			
33	Geförderte Altersvorsorge nach § 82 EStG, Beiträge zur „Riester-Rente“ (bitte Bescheinigung nach § 92 EStG in Kopie beifügen)			
34	Kinderbetreuungskosten nach § 10 Abs.1 Nr. 5 EStG			
35	Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung:			
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar			
36	Arbeitslosengeld			
37	Krankengeld			
38	Insolvenzgeld			
39	Übergangsgeld			
40	Kurzarbeitergeld			
41	Aufstockungsbeträge, nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten			
42	weitere andere Einnahmen nach der BAFöG-Einkommensverordnung, und zwar ②			
43	und zwar			

Bitte Nachweise beifügen

Mir ist bekannt,

- dass ich verpflichtet bin, **jede Änderung** meiner wirtschaftlichen Lage, über die ich hier Erklärungen abgegeben habe, **unverzüglich der zuständigen AFBG-Stelle schriftlich anzuzeigen**;
- **dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden**;
- dass Zuschüsse und nachträgliche Darlehenserlasse durch die KfW in ihrer Höhe bei der Steuererklärung anzugeben sind;
- dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, Finanzamt und beim Arbeitgeber sowie bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können;
- dass im Falle der Inanspruchnahme von Bankdarlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die für die Darlehensrückerstattung erforderlichen Daten zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der AFBG-Stelle ausgetauscht werden können.

Ich bestätige, dass ich die Hinweise zum Antrag auf Förderung nach dem AFBG zur Kenntnis genommen habe und versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe,

BUS

44

Ort, Datum

Unterschrift der/des Ehegattin / Ehegatten / eingetragenen
Lebenspartnerin / Lebenspartners

Unterschrift
nicht
vergessen

- ① siehe Fußnote ⑩ der Hinweise zum Ausfüllen der Anlage 2 zu Formblatt A
- ② siehe Hinweise zur BAföG-Einkommensverordnung